

Kernaussagen

der Studie *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima Umwelt Energie, herausgegeben von Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Frankfurt am Main 2008: Fischer, € 14.95.

Vor 12 Jahren hat das Wuppertal Institut schon einmal eine Studie veröffentlicht, ebenfalls mit dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland“. Sie sollte zeigen, sowohl grundsätzlich als auch sehr konkret, wie dieses Land so umgestaltet werden kann, dass die Umwelt geschützt und soziale Gerechtigkeit gefördert wird, in unserem Land und weltweit. Das Buch hat viel Aufsehen erregt, ist hoch gelobt und heftig kritisiert worden, und es hat allerhand bewegt.

Aber gerade weil die Studie unmittelbar in die Zeit hineinsprach, musste sie veralten, nicht in ihrem Ansatz, auch nicht in ihren Grundgedanken, wohl aber in der Analyse des Geschehens und in den Ratschlägen zum Handeln. Die großen Entwicklungen in der Welt im vergangenen Jahrzehnt machen neues Nachdenken erforderlich. Da ist die rasante Globalisierung der Wirtschaft, da sind die immer stärker werdenden politischen Verflechtungen, da ist der unerwartet rasche und einschneidende Klimawandel, da sind Aufstieg und Zurückbleiben der Entwicklungsländer, da ist Peak-Oil, der nahe oder vielleicht schon eingetretene Gipfel der Ölförderung und damit das vorhersehbare Auslaufen der beherrschenden Energiequelle, da ist der immer deutlicher erkennbare Zusammenhang von Umwelt und Gerechtigkeit. Das macht neues Nachdenken unentbehrlich.

Also war zu fragen: Was gilt noch? Was ist zu korrigieren? Was muss neu gedacht werden? Drei Herausgeber haben die Studie in Auftrag gegeben: der BUND, Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst. Sie ist 650 Seiten lang geworden. Warum? Einmal, weil die Welt, wie jede und jeder von uns spürt, viel unübersichtlicher geworden ist. Die Probleme sind drängender geworden, aber zugleich komplexer und schlechter zu überschauen. Einfache und damit kurze Antworten wollen da nicht gelingen. Sie würden ja Risiken und Nebenwirkungen nicht mit abbilden, die zu bedenken doch gerade wichtig ist. Auch musste das Buch nahe an den Ereignissen bleiben und die öffentliche Diskussion aufnehmen. Wer mit historischem Abstand schreibt, kann kondensieren. Wir wollten und mussten berücksichtigen, was heute propagiert und was bestritten wird. Als Einführung in die Studie sind die folgenden zehn Kernaussagen gedacht. Sie können die Lektüre nicht ersetzen, werden zum Teil auch erst in ihrem Zusammenhang voll verständlich, mögen aber wiederum auch eine Lesehilfe sein.

I. Eine dramatische Situation

Die Anzeichen einer globalen Zivilisationskrise sind unübersehbar. Im Jahr 2007 hat der IPCC, der Klimarat der Vereinten Nationen, seinen 4. Sachstandsbericht veröffentlicht. Danach kann es keinen Zweifel mehr geben, dass der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist, und dass nur noch kurze Zeit bleibt, den Anstieg der Treibhausgas-Konzentration zu einer Höhe mit katastrophalen Folgen zu verhindern. Wenige Monate vorher hatte Nicolas Stern in seinem Bericht an die britische Regierung die Folgen des ökologischen Nichthandelns als ein weltweit ökonomisches Desaster beschrieben (Kapitel 1 bis 3 sowie 16.1). Was seitdem an ernsthaften Analysen veröffentlicht wurde, zeigt ein rasches Anwachsen der Gefährdung. Gegenwärtig produzieren Industrie- und Entwicklungsländer je etwa 50 Prozent der Treibhausgase, und alle zusammen weit mehr, als die Ökosysteme ohne Schaden aufnehmen können. So entsteht ein Gleichgewicht des Schreckens in der Fähigkeit, einander wechselseitig den gemeinsamen Lebensraum zu zerstören (16.4).

Auch bei beginnender Einsicht und ungeachtet einzelner Bemühungen zur Ressourcenschonung verbreiten die Industrieländer weiterhin eine ökologische Raubwirtschaft über den

Globus. Noch immer erwarten sie die Lösung ihrer Probleme von Wirtschaftswachstum, wenn es nur ökologisch geprägt ist (4). Damit leben sie den Schwellen- und Entwicklungsländern ein Entwicklungsmodell vor, das sie selbst nicht fortsetzen können, und das erst recht nicht auf die Weltgesellschaft übertragbar ist (5).

Erkennbar wird auch, dass es einen unlösbaren Zusammenhang zwischen dem Klimawandel, dem Schutz der Biodiversität und der internationalen Gerechtigkeit gibt (3.2; 16.3). Alle Zeichen deuten darauf hin, dass der Klimawandel ein Armutsverstärker ist, dass Fluten und Dürre, ein steigender Meeresspiegel wie ein sinkender Grundwasserspiegel, dass Infektionskrankheiten und Schädlingsbefall die ganzen Millenniumsziele zur Armutsüberwindung zunichte machen werden. Die Klimakrise wird dann zur unsichtbaren Hand hinter wirtschaftlichem Niedergang, sozialer Erosion und dem Verlust der Heimstätte für ganze Bevölkerungen werden – und dies angesichts einer weiter wachsenden Weltbevölkerung (7.4).

Eine fünffache Krise kennzeichnet also die Situation: die Klimakrise, die Ressourcenkrise, die Ernährungs- und Wachstumskrise der Wirtschaft und die Gerechtigkeitskrise – wobei die akute Finanzkrise diese fundamentalen Krisen zu verdrängen droht. Alle fünf hängen miteinander zusammen und verstärken einander. Sie schaffen einen Problemstau, der keinen Aufschub mehr erlaubt und nur bei schnellem, entschlossenem und durchgreifendem Handeln Aussicht auf eine zukunftsfähige Lösung erkennen lässt. Das Ende der großen Maßlosigkeit verlangt eine Antwort – aber welche?

II. Was geschehen muss

Die Klimakrise ist die unmittelbare Bedrohung der menschlichen Zivilisation; darum ist ihre Abwehr vordringlich. In den nächsten 10 – 15 Jahren muss es zu einer entschlossenen Trendwende in den Emissionen von Treibhausgasen kommen mit dem Ergebnis, dass bis zum Jahr 2050 die weltweiten Treibhausgas-Emissionen um mindestens 60 Prozent gegenüber 1990 verringert werde (5.3). Das bedeutet: In den Industriestaaten, Deutschland eingeschlossen, müssen diese Emissionen zum genannten Datum auf bis zu 5 Prozent des Wertes von 1990 (!) gesenkt werden – so die Selbstverpflichtung der Europäischen Union in ihrem Poznan-Mandat. Das ist eine Reduzierung, die angesichts der bescheidenen gegenwärtigen Einsparungen die Vorstellungskraft fast übersteigt (16.2).

Dieser Herausforderung ist nur mit neuer Intelligenz im Umgang mit Energie zu begegnen: mit Energieeffizienz, Energieeinsparung und einem unverzüglichen und konsequenten Einstieg in ein solares Energiesystem. Das Hauptstück einer naturverträglichen Wirtschaft werden die von der Sonne bereitgestellten Ressourcen sein: Solarstrahlung, Wind- und Wasserkraft, Biomasse, dazu die Geothermie und die Gezeiten (2.4). Sie alle sind weitgehend klimaneutral, sie lassen sich zu großen Anteilen, wenn auch nicht vollständig, dezentral nutzen und verteilen, sie begünstigen darum kleinräumige und damit weniger kapitalintensive Wirtschaftsweisen, sie schützen Natur und Landschaft, sie bauen die Marktmacht multinationaler Energiekonzerne ab, und sie leisten in den Entwicklungsländern einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung (11).

Für den Verzicht auf fossile Energieerzeugung, für den Erhalt der Wälder und für den Einsatz zukunftsfähiger Technologien und damit für den Sprung in das solare Zeitalter werden die Industrieländer, auch Deutschland, den Entwicklungs- und besonders den Schwellenländern substantielle finanzielle und technologische Unterstützung geben müssen (16.2). Darüber hinaus benötigen die ärmeren Staaten Beistand für die Anpassung an den inzwischen nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel, der sie besonders schwer treffen wird (7.4).

Der Wunsch nach Sicherheit von Leben und Lebensstandard, der die Diskussion in den wohlhabenden Ländern so stark bestimmt, führt unmittelbar zu Fragen der Gerechtigkeit (7). Denn der Schutz der öffentlichen Güter wie des persönlichen Eigentums ist dauerhaft nur zu

erreichen, wenn die Hungernden und Deklassierten dieser Welt ein menschenwürdiges Leben führen können. Armutsbekämpfung ist eine der größten Herausforderungen des Jahrhunderts. Wem kann sie gelingen? Nicht Experten, Geldgebern, Unternehmen; vielmehr den Armen selbst. Armut enthüllt sich oft genug als Kollateralschaden der Reichtumserzeugung. Sie rührt dann nicht von einem Mangel an Geld her sondern von einem Mangel an Macht. Das ruft nach mehr Rechten und mehr Selbstbestimmung (7.2). Die Stärkung der Menschenrechte (7.3), eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik mit einer gerechteren Verteilung der Gewinne und der Kosten (6.3; 17.1; 18.1) und die treuhänderische Verwaltung der Gemeingüter (10.2; 16.4) gehören zu Mitteln, mit denen allen Menschen Gastrecht auf der Erde zukommen kann. (Abschnitt V)

Nur wenn beides gelingt, das Klima zu stabilisieren und faire Lebensbedingungen für alle zu erreichen, kann eine zukunftsfähige Weltordnung gelingen, die Frieden zwischen den Menschen ermöglicht und – als neue Herausforderung – den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als gleichrangige Aufgabe erkennt (16).

III. Den Primat der Politik wiedergewinnen

So wichtig es ist, an die Verantwortungsbereitschaft der Einzelnen zu appellieren (20), so unerlässlich es ist, das Eigeninteresse der Unternehmen an nachhaltigem Wirtschaften zu wecken (Kap 10, 13) – die bestimmende Dimension der Zukunftsfähigkeit ist die politische Dimension, also die Durchsetzung des Notwendigen in Verträgen, Gesetzen und Verordnungen, verbunden mit Anreizen und Förderungen.

Die wichtigen Entscheidungen zur Zukunftsfähigkeit setzen sich nicht nach und nach von unten nach oben durch, sie entstehen auch nicht in erster Linie aus ökonomischer Klugheit, sie müssen vielmehr von den politischen Instanzen in Geltung gesetzt werden. Wenn es nur noch ein Zeitfenster von vielleicht zwei Jahrzehnten gibt, in dem sich grundlegende Weichenstellungen zum Klima mit Aussicht auf Erfolg treffen lassen (2), dann führt nichts an einschneidenden politischen Richtungsentscheidungen vorbei, dann müssen Leitplanken gesetzt und Anreize gegeben, aber auch Abwege gesperrt und Verbote erlassen werden.

Politische Gestaltung hat damit den höheren Rang als die Logik des Marktes, der zwar die private Vernunft befeuert und für die bestmögliche Allokation der Mittel sorgen kann, aber in sich kein Organ für die gesellschaftliche Vernunft, für den Schutz der Natur und für Gerechtigkeit hat (Kap. 1). Darum muss Politik den Märkten die Ziele vorgeben und sie vor Monopolen schützen; wenn das geschieht, kann sie ihnen die Schritte zu den Zielen selbst überlassen (13).

Die wichtigen Felder, auf denen die politischen Instanzen ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen haben, sind zusammen mit der unmittelbaren Klimapolitik die Wirtschaftspolitik einschließlich der Kapitalmarktkontrolle und die Schaffung globaler Institutionen – wie in den folgenden Abschnitten zu zeigen ist. Dazu brauchen die politisch Handelnden ein neues Selbstbewusstsein als die Repräsentanten des Gemeinwohls und eine wieder gewonnene Unabhängigkeit gegenüber den kurzfristigen Gewinn-Interessen der Unternehmen wie gegenüber den Verlustängsten und der Bequemlichkeit der Bürgerinnen und Bürger (13).

IV. Vom Wachsen und Schrumpfen der Wirtschaft

Noch immer gilt dem Hauptstrom der Ökonomik und damit auch der großen Mehrheit der politischen Akteure das Wirtschaftswachstum als Universalrezept für ein besseres Leben und für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme (4.1). Die heranrollenden Umweltkrisen dämpfen freilich diese Erwartung und schärfen den Konflikt zwischen Wachstumshoffnungen und Naturgrenzen. Wo die Einsicht wächst, dass in einer physisch begrenzten Welt ein grenzenloses materielles Wachstum unmöglich ist, wandelt sich die Wachstumserwartung zunächst

zum „Grünen Wachstum.“ Eine ökologische Modernisierung soll den Industriegesellschaften weiteres Wachstum ermöglichen.

Das kann nur begrenzt gelingen. Weil die Industrieländer ihren Ressourcenverbrauch drastisch vermindern müssen, und weil nur eine begrenzte Entkoppelung des Rohstoff- und Energieverbrauches vom Wirtschaftswachstum möglich ist, wird auch die „dritte industrielle Revolution“, mit der die Bundesregierung eine nachhaltige Entwicklung erreichen möchte, und die in der Tat unentbehrlich ist, doch nur einen Teil der Aufgabe erfüllen (4.4). Auch ein sogenanntes problemlösendes Wachstum, das aus der Allianz zwischen Naturschutz und den Pionierbranchen öko-intelligenter Technologien entstehen soll, wird an Naturgrenzen stoßen (13.4). Entscheidend ist die Erhaltung des Naturkapitals. An ihm werden sich alle Wachstumserwartungen messen lassen müssen (4.6).

An die Stelle des Wachstums der Wirtschaft wird der Gedanke ihrer Fortentwicklung treten. In einer nachhaltigen Wirtschaft wird es Wachsen und Schrumpfen geben. Wachsen kann alles, was zugleich der Zukunftsfähigkeit und der Lebensqualität dient. Und Schrumpfen muss und wird, was die Ressourcen übernutzt und den sozialen Zusammenhalt beschädigt. Wachsen werden erneuerbare Energien, Ökolandwirtschaft, fairer Handel. Schrumpfen werden etwa fossile und nukleare Energien, Auto- und Flugverkehr (4.6). Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft ist also nur zweigleisig zu denken: durch eine Neuerfindung der technischen Mittel und durch kluge Mäßigung der Leistungserwartungen (4.3).

Eine ökologische und soziale Wirtschaftspolitik wird also auf die Einhaltung der Naturgrenzen und den Schutz der Gemeingüter achten und dafür bindende Regulierungen schaffen. Sie wird durch feste und absinkende Mengenbegrenzungen die Naturökonomie, von der Luft- hülle bis zu den Fischbeständen, vor dem Herabwirtschaften schützen (10.2). Sie wird darauf dringen, dass der wirtschaftliche Wettbewerb ohne Verzehr der Natursubstanz erfolgt, dass die kostenlose Aneignung von Gemeingütern beendet und die Nutzung von Luft, Boden, Gewässern in die Produktionskosten einbezogen wird (10.1). Sie wird Unternehmen mit einer Charta auf ihre ökologische und soziale Verantwortung verpflichten und ihnen diese Lizenz gegebenenfalls auch wieder entziehen (10.4; 17.5). Sie wird die ökologische Bedeutung der Regionen erkennen und sie wirtschaftlich fördern (8.3; 14.2).

Sie wird vor allem die Entwicklung erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung nachdrücklich vorantreiben (Kap 11), wie es, als ein Anfang, gegenwärtig durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz geschieht (13.4); sie wird aber auch ihre Gefahren abwägen, etwa bei den Agrokraftstoffen (11.1). Für den weiteren Aufbau der erneuerbaren Energien gibt es durchdachte und bezahlbare Vorschläge (11.3 und 4).

Weiterhin wird sie die Subventionspolitik reformieren. Die gegenwärtige verzerrt zugunsten von Atom- und Kohleindustrie, industrialisierter Landwirtschaft und Fischereiindustrie systematisch die Wettbewerbschancen sauberer Produktion und eines Ressourcen schonenden Konsums und muss zugunsten nachhaltiger Güter umgewidmet werden. Sie wird eine erneuerte Öko-Steuer mit Lenkungswirkung bedenken, sie zur Ressourcensteuer weiterentwickeln und entweder mit einem Ökobonus für alle Bürger verbinden oder als Finanzierungsquelle für eine umfassende soziale Grundsicherung vorsehen (13.3). Sie wird in der Außenwirtschaft dem Schutz der Biosphäre und einem fairer Welthandel Priorität vor rein ökonomischen Zielen geben. (Abschnitt V) Sie wird den Einkauf der öffentlichen Hand so lenken, dass die Dynamik der Märkte in die Richtung des Gemeinwohls weist (13.4).

Und nicht zuletzt werden die Finanzmärkte wieder ihrer eigentlichen Funktion zugeführt: der wirksamen und neutralen Vermittlung zwischen den Geldanlegern und der realen Produktion. Die Studie ist abgeschlossen worden, bevor das Ausmaß der gegenwärtigen Finanzkrise erkennbar wurde. Die Forderungen, die sie erhebt, würden heute sicher schärfer gefasst. Aber auch so zeigen sie die grundlegenden Richtungsänderungen an. Dem Finanzkapital sind stren-

ge Regulierungen zu verordnen: eine Genehmigungspflicht für alle Finanzmarktprodukte und eine Börsenumsatzsteuer für kurzfristige Devisentransaktionen. Gesetzliche Marktregeln müssen verhindern, dass schnelle Gewinne den Vorrang vor langfristigen Realinvestitionen genießen. Erste Schritte dazu sind die Bindung des Stimmrechtes der Aktionäre an die Haltedauer ihrer Aktien und das Annullieren von Aktienoptionen für das Management (13.5).

V. Gerechtigkeit im Treibhaus

Im endlichen und gefährdeten Umweltraum Erde entscheidet die Beantwortung der Gerechtigkeitsfrage darüber, ob eine zukunftsfähige Weltordnung möglich wird. Soll sie gelingen, muss ein Ausgleich zwischen den Ansprüchen der schon Arrivierten und der erst Aufsteigenden, zwischen den Wünschen der Reichen und den Bedürfnissen der Armen gefunden werden.

Er liegt im vitalen Eigeninteresse der Industrieländer; denn Umwelt- und Ressourcenkrisen bringen transnationale Gefährdungsketten hervor. Und ohne einen Ausgleich der Chancen wie der Lasten werden die Entwicklungs- und Schwellenländer im Klimaschutz nicht kooperieren. Das verändert die Koordinaten der Außenpolitik unwiderruflich und lässt sie das nationale Interesse überschreiten. Sie wird sich als Erdpolitik verstehen und mehr Gerechtigkeit zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben machen (16.4).

Der gleiche Zugang zu den Ressourcen, die gleichen Marktchancen und die gerechte Verteilung der Gemeingüter sind die zentralen Dimensionen einer Gerechtigkeitspolitik. Der faire Zugang zu den Ressourcen und zu den Märkten muss in erster Linie durch die Welthandelsorganisation gesichert werden, in zweiter Linie durch bilaterale Handelsverträge. Eine Welthandelsorganisation ist unverzichtbar; die gegenwärtige braucht jedoch kaum weniger als eine Neuerfindung, um ihre Ideologie eines starren Freihandels und den Mangel an Vertrauen bei den Entwicklungsländern zu überwinden (18.1).

Bilaterale Handelsabkommen mit schwächeren Ländern, gerade auch die von der Europäischen Union und von Deutschland geschlossenen, dürfen nicht Marktöffnung erzwingen sondern müssen den schwächeren Partnern Schutzräume zur eigenen Entwicklung einräumen (18.2). Die Fairtrade-Bewegung ist ein Modell für die gerechte Verteilung der Wertschöpfung im globalen Handel (17.3). Diesen Zielen wird sich auch die Außenwirtschaftsförderung Deutschlands anschließen müssen, etwa in ihren Exportsubventionen, Investitionshilfen und Hermesbürgschaften (18.3; 21).

VI. Den Gemeingütern Sitz und Stimme geben

Ohne die natürlichen Gemeingüter Luft, Boden, Gewässer und die Vielfalt der Arten kann menschliches Leben auf der Erde nicht bestehen. Ihr Schutz und die gerechte Verteilung ihrer Nutzung sind darum von elementarer Bedeutung. Das gilt, wie sich immer deutlicher zeigt, auch für die Gemeingüter, an denen Eigentumsrechte vergeben worden sind. Noch freilich dominieren die Interessen der kurzen Frist und der heutigen Generation, und in ihnen noch einmal die Wünsche der Mächtigen, das Handeln. Darum benötigen vor allem die globalen Gemeingüter, die Global Commons, eine Stärkung ihrer gemeinnützigen Funktion. Sie gelingt am besten in Gestalt einer von den Vereinten Nationen eingesetzten Institution, an der die Länder des Nordens und des Südens gleichberechtigt beteiligt sind, die Autorität und Unabhängigkeit hat und auf das langfristige Wohlergehen der Gemeingüter und ihrer Nutzer zielt (10.2; 16.4).

Vordringlich ist dabei eine globale Klima-Institution. Zu denken ist an eine Einrichtung der Treuhand, etwa einer Zentralbank vergleichbar. Sie reguliert die Emissionsmenge und verteilt das Aufkommen aus den Nutzungsrechten. Sie wird zwei Ziele zur Grundlage ihres Handelns machen: allen Menschen in den Industrie- wie den Entwicklungsländern die gleichen Emissionsrechte zuzuerkennen und den von Klimafolgen besonders Betroffenen die Anpas-

sung zu ermöglichen. Als Vorform auf dem beschwerlichen Weg zu einer globalen Autorität kommt die Überführung des europäischen Emissionshandels in einen Sky-Trust in Betracht (10.2; 13.2; 16.2).

VII. Solidarität zuhause

Eine Studie, die für internationale Gerechtigkeit eintritt, muss in gleicher Weise die soziale Situation des eigenen Landes bedenken. Der ökologische Umbau der Gesellschaft braucht die Mitwirkung aller. Sie ist nur durch faire Lastenverteilung zu bekommen. Und wenn, wie in den Abschnitten III und VIII besprochen, die Zukunft der Wachstumsgesellschaft unsicher ist, dann müssen gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit so gestaltet werden, dass sie auch ohne Wachstum Bestand haben. Die Studie konzentriert sich dabei auf zwei zentrale Problemfelder: die Zukunft der Arbeit und die Sicherung der Grundbedürfnisse.

Zunächst zur Arbeit: In Deutschland ist aller Voraussicht nach Vollbeschäftigung im bisherigen Verständnis in der vorhersehbaren Zeit nicht wieder zu erreichen, auch nicht durch das noch mögliche Wirtschaftswachstum (15.1). Auch in Zeiten der jetzt zu Ende gehenden Hochkonjunktur hatte Deutschland noch 3 Millionen registrierte Erwerbslose, tatsächlich jedoch an die 5 Millionen. Wem an den Menschenrechten und wem an einem lebensfähigen Sozialkörper liegt, der allen die Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht, kann eine faktische Dauer-Arbeitslosigkeit von 10 Prozent und mehr nicht hinnehmen (9). Die Lösung, die die Studie für dieses Grundproblem vorschlägt, heißt: Arbeit teilen. Vorgeschlagen wird eine „Kurze Vollzeit“ genannte Begrenzung der Arbeitszeit auf etwa 1300 Stunden pro Jahr oder 30 Wochenstunden, wobei Möglichkeiten geschaffen werden, Blockzeiten zu vereinbaren, Auszeiten zu nehmen oder Fortbildung zu wählen (15.2).

Die Vorzüge der Kurzen Vollzeit sind evident: Die physischen und die psychischen Belastungen der Arbeit werden gemildert, die traditionelle Rollenteilung zwischen den Geschlechtern verändert und damit Raum geschaffen für eine neue Verteilung der familiären Aufgaben. Auch für Betriebe haben kürzere Arbeitszeiten Vorzüge (15.3).

Ihre finanziellen Folgen werden ausführlich besprochen (15.5). Für Menschen mit geringem Einkommen, für Alleinerziehende wie für Menschen mit Unterhaltungspflichten müssen finanzielle Ausgleichs geschaffen werden. Die Entwicklung läuft auf eine Basissicherung für alle Mitglieder der Wohnbevölkerung zu, unabhängig von einer Erwerbstätigkeit – auch wenn ein Grundeinkommen noch gründlicher Diskussion bedarf. Nicht nur die „Kurze Vollzeit“ in der Erwerbsarbeit sondern gerade auch die Lebensweltwirtschaft, also die Sorgearbeit und die ehrenamtliche Arbeit für das Gemeinwohl, rufen nach einer Grundsicherung für alle, die dann auch eine selbst bestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht (15.5; 9,4).

Mit der Kurzen Vollzeit kommt endlich auch der vernachlässigte Teil der Arbeit wieder in den Blick: die Lebensweltarbeit und mit ihr die Lebensweltwirtschaft. Sie bilden das Fundament aller Erwerbswirtschaft (10.3). Zur Lebensweltwirtschaft gehören die Betreuungs- und Versorgungsarbeit in Familie und Haushalt, die Fürsorgearbeit für Alte, Kranke, Behinderte, die handwerklichen Tätigkeiten in Haus und Garten, aber ebenso die Bürgerarbeit, also die ehrenamtliche Arbeit in Schulen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen usw., insgesamt die Dienste, die für das Wohlergehen einer Gesellschaft unentbehrlich sind. Ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Umso mehr brauchen sie gesellschaftliche Aufwertung und finanzielle Ermöglichung (9,4; 15,4).

VIII. Wohlstand neu entdecken

Wenn die Industrieländer ihren Verbrauch an Rohstoffen und Energie drastisch senken müssen (Abschnitt II), wenn sie sich, um ihrer eigenen Zukunft willen, an den Kosten einer Klima schonenden Entwicklung der Schwellenländer und an der Anpassung der armen Länder

an den Klimawandel beteiligen müssen (Abschnitt VI), dann werden sie in der Wahl wie in der Anwendung ihrer technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten Selbstbegrenzung üben und in der Folge davon auch ein neues Verständnis von Wohlstand entwickeln.

Für Armutslinderung ohne Reichtumsminderung einzutreten bedeutet Spiegelfechterei. Ein ökologisch und sozial zu verantwortender Wohlstand entsteht aus Ressourcen schonender Technik (Effizienz), aus naturverträglichen Systemen (Konsistenz) und eben aus Selbstbegrenzung (Suffizienz). Das rechte Maß als ihr Leitwort bezieht sich sowohl auf die Wahl der Mittel wie auf den anzustrebenden Ertrag. Stichworte sind: Verzicht auf Verschwendung, Sorgfalt bei der Herstellung, Haltbarkeit, kluge Dienstleistungen statt Eigentum, Entschleunigung der Lebensführung, gemäßigte Motorisierung in der Mobilität, Wiedergewinnung der Nähe in der Produktion wie beim Reisen usw. (8.2 und 3).

Wenn dabei maßvolle statt der maximalen Einkommen und Gewinne entstehen, muss das kein Mangel sein. Zwischen Lebensglück und Geldeinkommen besteht ohnehin eine sehr labile Beziehung. Wo das Streben nach Güterwohlstand seine beherrschende Position verliert, können Zeitwohlstand, Beziehungswohlstand und innere Unabhängigkeit wachsen (20.4). Die nicht-monetären Quellen des Wohlstandes erhalten ihre Bedeutung zurück: sozialer Zusammenhalt, Qualität der Arbeit, intakte Naturräume und Stadtästhetik (8.3).

IX. Die Zivilgesellschaft ist unentbehrlich

Gewiss ist es wichtig, dass möglichst viele Einzelne ihren Einsichten folgen, um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen und ebenso, weil ihr Beispiel andere mitziehen mag. Auch können Kaufentscheidungen Märkte verändern, wenn sie von einer ausreichend großen Zahl von Käufern getroffen werden (20.1).

Aber einen durchgreifenden Einfluss auf das politische Geschehen werden nur gebündelte Kräfte erreichen. Damit ist die organisierte Zivilgesellschaft angesprochen und in ihr die lokalen Gruppen (19) wie die professionellen Initiativen (13.1). Sie reichen inzwischen von den Kommunen über die nationalen Verbände bis zur Vernetzung in einer Neuen Internationale (21). Gemessen an der globalen Verflechtung der ökonomischen Interessen wie an der kurzen Zeit, die noch für eine nachhaltige Veränderung zur Verfügung steht, gemessen auch an den kurzfristigen Widerständen, die sich dem notwendigen Wandel in den Weg stellen, gibt es keine Alternative zu dieser Form organisierter politischer Einflussnahme. Ohne ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement wird die Wende zur Nachhaltigkeit nicht gelingen (1). Die Zivilgesellschaft hat keine unmittelbare Macht, aber dafür andere Stärken. Sie kann Argumenten und innovativen Vorschlägen Öffentlichkeit verschaffen; sie kann sich zum Sprecher latenter Einsicht machen und damit einer zur Veränderung bereiten Politik den Rücken stärken; sie kann den politischen Druck aufbauen, ohne den die Durchsetzung ungeliebter Maßnahmen kaum gelingen wird. Nur starke Organe der Zivilgesellschaft haben eine Chance, gegen die Lobby im Dienste partikularer Interessen und für die Menschenrechte politische Wirkung zu erzielen (7.3; 13.1).

X. Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Es ist die Herausforderung dieser Generation, die gegenwärtige Weltordnung in eine solar-solidarische Zivilisation zu überführen – eine Aufgabe vielfach geahnter aber noch kaum erkannter Größenordnung und Dringlichkeit. Wird sie angenommen, führt das zu einem neuen Gesellschaftsvertrag, in dem die Lebensinteressen aller Menschen mit dem Schutz der natürlichen Grundlagen der Erde vereinbar werden (21).

Manfred Linz